Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 5

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : gibt es auch einen linken Staatsschutz?
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143543

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

einigung zu verkehren.[10] Immerhin ist Urs Altermatt nicht entgangen, dass die katholische Seite damals zwischen «Protestantismus», «Indifferentismus» und «Atheismus» kaum zu unterscheiden wusste, sondern in all diesen Ismen nur «eine Bedrohung für den angestammten Glauben» (S.246) sah.

In Altermatts Buch «Katholizismus und Moderne» ist viel vom Katholizismus, wenig von der Moderne und am wenigsten von den «modernen» Katholiken die Rede. Wie mir der Autor sagte, könnte diesem Manko in einer andern Publikation abgeholfen werden. Fällig sei eine «Ketzergeschichte» innerhalb des schweizerischen Katholizismus. Ob Geschichte der «Ketzer» oder nicht vielmehr der «Propheten», wäre die Frage, die ich dieser «alternativen» Geschichtsschreibung mit auf den Weg geben möchte.

1 Urs Altermatt, Katholizismus und Moderne, Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989, 469 Seiten, Fr. 48.-. Die Seitenzahl in Klammern beziehen sich auf dieses Werk.
2 Vgl. Zeichen der Zeit: Lefebvre als Chance?, in NW 1988, S. 275ff.
3 Vgl. Zeichen der Zeit: Das Elend des politischen Katholizismus, in NW 1985, S. 298ff.
4 Vgl. Zeichen der Zeit: Der Schweizerische Arbeiterbund (1887 – 1920) – ein vergessenes Jubiläum, in: NW 1987, S. 237ff.
5 Vgl. Hilar Eggel, Schweizer Sozialisten und Religion (maschinengeschriebene Diplomarbeit), Luzern 1977, S. 168.
6 Urs Altermatt, Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto, Zürich/Einsiedeln/Köln 1973, S. 326.
7 Wie sozial ist die Kirche?, Düsseldorf 1972, S. 81.
8 Gustavo Gutiérrez, Theologie der Befreiung, München 1973, S. 262.
9 Vgl. Eduard Buess/Markus Mattmüller, Prophetischer Sozialismus, Freiburg/Schweiz 1986, S. 22ff.
10 Vgl. NW 1937, S. 471f.

Brief aus dem Nationalrat

Gibt es auch einen linken Staatsschutz?

Zur Stimmungslage

Ein Arbeitskollege bemerkte kürzlich, ohne dass ich das Thema aufgegriffen hätte: «Reden Sie mir nicht mehr von Fichen!», und ein Genosse meinte nach einer schlechtbesuchten, aber spannenden und grundsätzlichen Diskussion, dieses Thema interessiere nun wirklich niemanden mehr...

Ich befürchte, dass Bundesrat und Bürgertum diese Absicht ganz bewusst verfolgen: das Thema immer wieder neu in die Länge ziehen, nicht zu einer Lösung beitragen, eine Verleiderstimmung schaffen und um Geduld betteln! Mit dieser Methode wurden doch am 1. April die drei Kleeblattinitiativen gebodigt, und im September sollen mit derselben Stimmungsmache die beiden Volksinitiativen zur Atomenergie (Ausstieg und Moratorium) verworfen werden.

Kritische Leserinnen und Leser laden wir ein, sich nicht von solchen Stimmungen und Machenschaften leiten und ablenken zu lassen, sondern Zorn und Wut weiterhin in Aktivität, Kampf und Widerstand umzusetzen. Wenn dieser Brief erscheint, werden die Unterschriftenbogen für die SOS-Volksinitiative «Schweiz ohne Schnüffelpolizei» versandt sein und zirkulieren. Die Initiative kann mehr und neue Wirkung entfachen, wenn die erforderlichen 100 000 Unterschriften sehr bald eingereicht werden. Eigentlich sollten alle 350 000 Briefeschreiber/innen, die sich betroffen und verletzt an die Bundesanwaltschaft wandten, unterschreiben und Unterschriften sammeln.

Denken wir an die EMD-Beamten, die in ihrer Not und in ihrem Zwiespalt vertrauliche Formulare unvernichtet dem Altpapier übergaben! Gedenken wir erst recht des Baselbieter Polizeiwachtmeisters, der verzweifelt aus dem Leben schied, nachdem er bei den Staatsschutzverantwortlichen keine Hilfe gefunden hatte!

Noch nie waren zahlreiche Bürgerliche und einzelne Bundesräte so gereizt, verunsichert und aggressiv, sagte Helmut Hubacher nach der Frühjahrssession, und er muss es ja nach rund 28 Parlamentsjahren wissen!

Bisheriger Staatsschutz...

Greifen wir den Berner freisinnigen Nationalrat und Obersten Jean-Pierre Bonny heraus, der so weit rechts steht und wirtschaftsverbunden ist, dass er zum Zürcher Freisinn gehören könnte! Er sprach über die Kundgebung gegen den Schnüffelstaat in Bern, das heisst nicht über die 35 000 aufgestellten Antischnüffler/innen sondern über jene 150 Demonstranten, Chaoten gescholten, die Feuer legten und Sachschaden anrichteten. Zu ihnen äusserte sich Jürg Frischknecht in einem Zeitungsinterview: Auch diese 150 gehören zu unserer Gesellschaft und müssen ernstgenommen werden. Das war schon zuviel für Bonny: Frischknecht stehle sich aus der Verantwortung, sei unklar und zwiespältig, und dieses Urteil soll auch die Kundgebung der 35 000 treffen, die ohne Gewaltanwendung von ihren demokratischen Rechten Gebrauch gemacht haben. Früher waren die Kommunisten die Sündenböcke, dann die Gegner der atomaren Aufrüstung oder des Vietnamkrieges oder der Kernenergie oder... Heute sind es die Chaoten, und schon morgen werden sie Terroristen genannt werden, so wie die Kommunisten zu Stalinisten und Militärdienstvereigerer und Flüchtlinge zu unechten Militärdienstverweigerern und unechten Asylanten geworden sind. Die Sprache verrät vieles: Die Bezeichnungen ändern sich, aber Ausgrenzung und Dialogfeindlichkeit bleiben gleich. Für mich war diese Debatte erschreckend: Welch ein Hass ging gegen eine kleine Minderheit aus vielen Voten hervor! Ich habe Angst vor den Folgen dieser Menschenverachtung!

... und linker Staatsschutz

Linker Staatsschutz heisst, die sogenannten Chaoten in die demokratische Diskussion einbeziehen, nicht ausgrenzen, das Gespräch suchen, nicht unterbinden oder gar verbieten, auch nicht jene verdächtigen, die sich an der Diskussion beteiligen. Linker Staatsschutz fragt nach den Ursachen: Warum glauben junge Menschen, dass sie nur noch mit Gewaltantwendung und Sachbeschädigung Gehör finden und politische Wirkung erzielen. Offenbar haben sie mit demokratischen Mitteln schlechte Erfahrungen gemacht, Enttäuschungen erlebt. Solchen Fragen und Vorwürfen wollen die Bürgerlichen ausweichen, deswegen stempeln sie kleine Minderheiten zu Sündenböcken ausserhalb einer guten und gerechten Gesellschaft. Aber die Welt ist nicht so!

Linker Staatsschutz heisst für mich Demokratie in allen Bereichen, die kritische Parlamentarier und Medien einschliesst, sowie eine starke Opposition, Bereitschaft zum Widerstand, Sozialrechte (Obdach und Bildung für alle), Minderheitenschutz auch für Ungeliebte und Schwierige, Privilegierung der Schwachen bei uns und im Osten, im Westen und vor allem im Süden! Meine reale Hoffnung: Je mehr wir *diesem* Staatsschutz näherkommen, desto weniger Armee, Gesamtverteidigung, Polizei, Bupo, Strafrecht, unfreiheitlichen Überwachungs-Staatsschutz, desto weniger Fichen brauchen wir!

Eine Selbstverständlichkeit für uns? Vielleicht. Aber wir sagen es zu wenig deutlich: Wenn wir die Abschaffung der politischen Polizei fordern, wollen wir unser Land, seine Bewohnerinnen und Bewohner nicht schutzlos preisgeben, wie es uns in den nächsten Monaten von bürgerlicher Seite böswillig vorgeworfen werden wird. Wir haben die Vorstellung einer geschützten Gemeinschaft, in der möglichst viele Menschen ohne Angst, ohne Misstrauen und ohne Unterdrückung leben.

Der heitere Schlusspunkt

Dem «Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung 1989» entnehme ich unter den Stichworten Gesamtverteidigung und Sicherheitspolitik (S. 266) den Satz:

«Die Arbeiten für den für die zweite Jahreshälfte vorgesehenen Zwischenbericht zur Sicherheitspolitik wurden wegen der Dynamik der internationalen Entwicklung und der geplanten Armeereform 95 ausgesetzt; sie werden 1990 wieder aufgenommen.»

Dem Bundesrat, seinen Beratern und Vordenkern (gibt es solche?) hat es die Stimme verschlagen! Mach mal Pause! Dabei wäre es so leicht gewesen: Jetzt leisten wir uns auch einen Abrüstungsschritt! Aber eben... Das kommt davon, wenn man zuerst die Armee 95 plant und erst danach den Rahmen, die Sicherheitspolitik, festlegt!

Hansjörg Braunschweig